



Paul Nolte
**Was ist
Demokratie?**

Geschichte
und Gegenwart



beck^{ische}
reihe

hat sich diese Unzufriedenheit prägnant verdichtet. Der Begriff bringt mehr als ein momentanes Unbehagen zum Ausdruck. Wut staut sich auf, bevor sie sich Luft macht. Zur Vorgeschichte des Wutbürgers gehört deshalb eine über mindestens zwei, drei Jahrzehnte gewachsene Enttäuschung über die Mechanismen der klassischen demokratischen Politik. In der Bundesrepublik hat die Wahlbeteiligung schon in den 1970er Jahren einen historischen Höhepunkt überschritten. Politische Parteien tun sich schwer, jüngere Menschen als Mitglieder zu gewinnen. Die Distanz gegenüber dem Wahllokal und der Parteiversammlung verstärkt wiederum den Eindruck, Politik

werde von «den anderen» gemacht. Sind Parlamentarier noch Volksvertreter, oder haben sie sich, gemeinsam mit hohen Bürokraten, Lobbyisten und anderen Eliten zu einer politischen Klasse verselbstständigt? Eine Kluft ist gewachsen, an deren fernem Ende die gewählten Politiker weniger als Repräsentanten der Bürgerinteressen erscheinen, sondern mehr wie eine Obrigkeit in vordemokratischen Zeiten, gegen die Freiheitsspielräume verteidigt oder zurückerobert werden müssen. Damit sind die Proteste in Westeuropa und Nordamerika von denen in der arabischen Welt gar nicht mehr so weit entfernt, wie es zunächst aussieht.

In eine antidemokratische Bewegung ist das Unbehagen an der etablierten Demokratie jedenfalls nicht umgeschlagen. In Anlehnung an Sigmund Freuds «Unbehagen in der Kultur» von 1930 könnte man also sagen: Es handelt sich um ein neues Unbehagen nicht «an» der Demokratie, also ihr gegenüber und mit einer Alternative zu ihr, sondern um ein Unbehagen «in» der Demokratie, also geradezu: im Angesicht ihrer Unausweichlichkeit und Alternativlosigkeit. Denn wir können der Demokratie so wenig entkommen (wollen) wie der Kultur. Angesichts historischer Erfahrungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, etwa in Deutschland

während der Weimarer Republik, ist das alles andere als selbstverständlich. Im Gegenteil: Über Frustration und Wut hinweg bildet der Wunsch nach einer Einlösung demokratischer Versprechen ein Leitmotiv der neuen Proteste. Demokratie, so wie sie ist, wird gewogen und für zu leicht befunden. Ob die Bürger in den letzten Jahrzehnten tatsächlich politischen Einfluss verloren haben, den sie früher schon einmal besaßen, oder ob Parlamentarier sich von den Bürgern weiter entfernt haben, ist nicht leicht zu sagen. Zugleich sind nämlich die Erwartungen an demokratische Regierungssysteme gestiegen ebenso wie an das Engagement von Bürgern, deren

demokratische Rolle sich nicht mehr in der des Wählers erschöpft.

So drückt sich in der neuen Unzufriedenheit mit der (repräsentativen, parlamentarischen) Demokratie nicht so sehr deren politische Erstarrung aus, sondern eher die Dynamisierung demokratischer Erwartungen und Handlungsformen im Westen seit den 1970er Jahren. Parteiensysteme haben sich keineswegs als verkrustet erwiesen, sondern als wandlungsfähig und offen für Innovationen – Deutschland ist ein besonders wichtiges Beispiel dafür, mit dem Aufstieg der Grünen, der Etablierung der Linkspartei und vielleicht neuerdings mit den «Piraten». Die Mobilisierung von